

Blickpunkte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **63 (1983)**

Heft 12

PDF erstellt am: **30.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Entkubanisierung» auf Grenada

«Die Verschlechterung der amerikanischen Position in der Hemisphäre hat dazu geführt, dass es ernste Schwachstellen gibt, wo es solche früher nicht gab; sie beschwört die Gefahr herauf, dass unser Land mit der ganz neuen Notwendigkeit konfrontiert wird, sich gegen einen Ring sowjetischer Stützpunkte an und nahe bei unseren südlichen und östlichen Grenzen zu verteidigen.»

Botschafterin Jeane Kirkpatrick in «Commentary», Januar 1981.

«Während sich Kuba in den siebziger Jahren in der Region sehr zurückhielt, gefährdete sein Aktivismus in anderen Teilen der Welt amerikanische Interessen, schuf vermehrt Gelegenheiten amerikanisch-sowjetischer Konfrontationen und liess ahnen, was vor der eigenen Haustür geschehen könnte. Die in Angola und Äthiopien mit kubanischer Hilfe etablierten kommunistischen Regimes sind eine ständige Mahnung, dass diese Möglichkeit auch in Nicaragua, El Salvador, Grenada oder Jamaika besteht.»

Margaret Daly Hayes, Mitarbeiterin beim Ausschuss für Auswärtige Beziehungen des US-Senats, in «Europa-Archiv» vom 25. Juni 1981.

Die Landung von 3000 *Marines* in Grenada, einer kleinen ostkaribischen Insel mit 110 000 Einwohnern, wurde mit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan verglichen. Die Ähnlichkeit: Ein souveräner Staat wird «zu seinem eigenen Besten» von einer nahen Grossmacht besetzt, um feindlichen Machenschaften ein Ende zu setzen und Ordnung zu schaffen. Ein Ruf nach brüderlicher Hilfe sei ergangen.

Die Unterschiede: Eben jener Regierungschef, der die Rote Armee angeblich gerufen hatte, wurde hingerichtet, sein Nachfolger aus dem tschechischen Exil herbeigeschafft. Den linksgerichteten Premierminister

Maurice Bishop hatte eine Volksmenge den Putschisten entrissen. Doch die Soldaten erschossen ihn samt drei Ministern, darunter seine Frau. Die Ermordung ging also der Invasion voran. Castro beklagte den Tod Bishops, verordnete drei Tage Staatstrauer. Aus Moskau wurde der Putsch begrüsst, Bishop nicht genannt. Die Beseitigung der Junta durch die *Marines* wurde auf Grenada als Befreiung empfunden.

Dennoch war völkerrechtlich der Vergleich nicht abwegig. Die treuesten europäischen NATO-Partner – Grossbritannien, die Bundesrepublik, Italien – distanzieren sich. Diesmal ging es nicht: links gegen rechts, auch

nicht: Friedensbewegung gegen Nachrüstung, sondern: die europäischen Partner und Kanada gegen die USA.

Ob der Protest kurzfristig war, ob er die Interessen der Bürger Grenadas nicht bedachte – er ist eine Tatsache. Washington fand, ausgenommen bei karibischen Nachbarn, keine Solidarität. Peter Benders Formulierung «Hysterische Grossmächte, verantwortliche Europäer» schien hier über die Parteigrenzen hinweg bestätigt.

Reagans Begründung, er habe gegen «leftist thugs» vorgehen müssen, was mit «linke Gangster» zu schwach übersetzt ist, klang so, als sei vor allem «leftist» verwerflich. Ein «thug» war auch Bishops Vorgänger Sir Eric Gairy, hatte grosse Reichtümer gesammelt, und in der einzigen Rede, die er vor den Vereinten Nationen hielt, von den «Ufos» gefaselt. Er hatte kein totalitäres Regime errichtet, aber Unliebsame ermorden lassen – darunter Bishops Vater. Bishops Machtergreifung vor vier Jahren war unblutig.

Da jener eigenartige Präsident auf seinen Antikommunismus pochte, war es begreiflich, dass sich seine Gegner nach links orientierten. Der in Oxford zum Anwalt ausgebildete Bishop ging darin allerdings sehr weit. Grenada stimmte gegen die Verurteilung der sowjetischen Invasion Afghanistans, die einzige unabhängige Zeitung wurde unterdrückt. Die Wirtschaft, insbesondere der Tourismus, erlitt grosse Einbussen. Bishop erkannte die Gefahr und versuchte, sich den USA anzunähern. Er reiste nach Washington, doch gelang ihm nicht, vom Präsidenten oder vom Aussenminister empfangen zu werden. Er war nun einmal «abgestempelt».

Doch schon sein Versuch, den Kurs zu ändern, war dem Kern des «New Jewel» – «Jewel» sind die Initialen von fünf Wörtern, die ein Programm bieten – unerträglich. Bishops Popularität war noch ungebrochen, doch kommt Volksdemokratie «aus dem Lauf der Gewehre».

Ob die Sozialistische Internationale gut beraten war, «New Jewel» als Mitglied aufzunehmen?

Die amerikanische Intervention hat Castros Ehrgeiz zunächst eine Schranke gesetzt. Der blutige Putschist Boutersa, der Surinam beherrscht, wies schleunigst kubanische Diplomaten aus. Sir Paul Scoon, Statthalter der Königin von Grenada – dies ist hier der Titel Elisabeths – hat die Amerikaner entweder vorher oder nachträglich gerufen. Karibische Miniaturstaaten, die sich zunächst distanzieren hatten, sind nunmehr willig, sich an der Rückkehr zur Ordnung zu beteiligen. Wird die Wahl, zu der es irgendwann kommen wird, den entmachteten «thug» Gairy zurückholen? Die Hoffnung auf den nunmehr erwarteten Dollarstrom mag die Wähler des sehr armen Staates beeinflussen.

Grenada – Afghanistan: der Vergleich lag nahe. Die Freude an der Symmetrie wirkte mit. Die Sprache des Präsidenten, der Generäle und Admiräle hat zur Befremdung beigetragen. (*The Economist* nennt Reagan wegen seiner Ausdrucksweise einen «Schöpfer der europäischen Friedensbewegung»).

Doch wie steht es mit dem Vergleich: Grenada – Falkland-Inseln? Die englische Linke hatte das hastig improvisierte, schliesslich siegreiche Unternehmen verurteilt und sich damit – wie jetzt die amerikanischen

Kritiker der Grenada-Expedition – in eine respektable Minderheitsposition begeben. Nichts war Margaret Thatcher gleichgültiger gewesen als die Natur des argentinischen Regimes, und doch hat ihr Sieg zum Sturz einer Militärdiktatur geführt. Warum sollten Generäle – fragten sich nunmehr viele – die sich auf ihren eigenen Beruf so schlecht verstehen, die Einzigen sein, die Argentinien regieren können? Der greise Jorge Luis Borges äusserte, man solle es stattdessen einmal mit den Apothekern versuchen ...

Reagan sieht in «leftists» Feinde, auch wenn sie keine «thugs» sind, und kann sich mit «thugs» vertragen, die nicht links sind – die Verbindung von Ideologie und Geopolitik ist hier unauflöslich. Doch bleibt Tatsache, dass Grenada von einer Despotie befreit wurde, die das Volk aus eigenen Kräften nicht mehr losgeworden wäre. Reporter, die keineswegs «reaganfreundlich» sind, berichten einhellig, dass die Grenadier auf die europäischen Proteste verständnislos, sogar empört reagieren.

Die Königin von Grenada hätte für ihre treuen Untertanen nichts ausrichten können. Nur Angriffe von aussen berechtigen sie zum Handeln. Mrs. Thatcher wird ihren Zorn hinunterschlucken müssen, zumal die karibischen Commonwealth-Mitglieder der «Caricom» es anders sehen.

Ronald Reagan – dies der Vorwurf – habe seine Partner nicht informiert, geschweige denn konsultiert. Wie ernst ist dieser Protest zu nehmen? Mit Ausnahme der Friedenstruppe im Libanon gibt es keine europäische Solidarität über den Bereich der NATO hinaus. Die aussenpolitischen Resolutionen der EG tönen immer dann am kräftigsten, wenn sie Gebiete betreffen, auf deren Schicksal sie selber keinen Einfluss hat.

Einer vertretbaren Aktion hat Ronald Reagan die über Amerika hinausreichende Überzeugungskraft vor allem dadurch geraubt, dass er Grenada mit Libanon verknüpfte. Beide Male habe die Sowjetunion das Unheil angerichtet. Das klang, als müsste das durch das Blutbad von Beirut geweckte Bedürfnis zurückzuschlagen, in Grenada gestillt werden. Man denkt an den Betrunknen, der das Geldstück nicht dort sucht, wo er es verloren hat, sondern dort, wo die Laterne einen Lichtkegel wirft. Das sogenannte libanesisches Volk wird ja nicht nur von aussen her zerrissen. Aus einem zerstörten Mosaik wird keine Nation. Moskau ist da mehr Nutzniesser als Urheber.

Die Sowjets wissen, dass Worte etwas bewirken. Reagan und die Seinen, mit Ausnahme Jeane Kirkpatrick, ahnen es nicht. Sie wissen, was sie tun, aber nicht, was sie anrichten.

François Bondy

Alle Jahre wieder

Immer im Herbst, wenn die ersten Nebel durch die Niederungen schleichen, beginnen die Sozialpartner an ihrem lohnpolitischen Stellungsbezug zu basteln. Die Zeiten, in denen es möglich war, die Verteilungsansprüche eher grosszügig zu befriedigen, sind längst vorbei. Und es sind, zumindest vorläufig, keine Indizien erkennbar, die darauf hindeuten würden, dass die «goldenen Zeiten» demnächst wieder zurückkehren könnten. So findet das Seilziehen um Lohn- und Teuerungsprozente in einer *frostigen* Atmosphäre statt. Der Verteilungskampf wird dort, wo es nicht mehr viel zu verteilen gibt, härter.

Der Temperatursturz im Verhandlungsklima bewirkt zweierlei. Erstens ist die Sicherung des einmal erreichten Reallohniveaus durch die Gewährung des Teuerungsausgleichs keine Selbstverständlichkeit mehr. Ein Tabu, das vor noch nicht allzu langer Zeit niemand anzutasten wagte, ist ins Rutschen gekommen. Kein Unternehmer wird zwar ohne Not das Reallohngefüge in Frage stellen. Wenn ihn die Ertragslage jedoch dazu zwingt, dann wird die Reallohnsenkung durch die Erhaltung der Arbeitsplätze gerechtfertigt. Und dies scheinen die Belegschaften im Gegensatz zu ihren betriebsexternen Gewerkschaftsführern denn auch zu verstehen, wenn sie durch eine entsprechende Informationspolitik davon überzeugt werden, dass eine andere Verhaltensweise

arbeitsplatzgefährdende Wirkungen haben könnte. Die Fallwinde der Rezession können das Realeinkommensniveau nach unten drücken und damit Lohnbewegungen in einer Richtung auslösen, die während der grossen Wachstumsphase als undenkbar betrachtet wurde.

Daraus folgt, zweitens, dass die Gewerkschaften in ein für sie höchst unangenehmes *Dilemma* geraten sind. Realeinkommenssicherung bzw. Realloohnerhöhungen gehören ebenso zu ihrem «traditionellen» Forderungskatalog wie Arbeitszeitverkürzungen. Die Einsicht fällt ihnen ganz offensichtlich schwer, dass die Durchsetzung dieser Postulate sich unter den heute vorherrschenden Bedingungen *negativ* auf die Beschäftigungslage auswirkt. Die «Basis» indessen spürt diesen Zusammenhang höchst unmittelbar und auch unsentimental; sie optiert deshalb im Konfliktsfalle auch sehr klar zugunsten der *Arbeitsplatzsicherung*. Damit aber gerät sie auf Kollisionskurs mit der Gewerkschaftslinie. Die Gewerkschaftspolitik ist der Gefahr ausgesetzt, in den eigenen Reihen an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Sie wird schwächer. Nicht wenige Arbeitgeber glauben darin etwas Positives erkennen zu können. Schwache Gewerkschaften sind aber ebenso zu bedauern wie zu starke Gewerkschaften verhängnisvoll sein können.

Willy Linder